Abendausgabe

Nr. 481 ♦ 44. Jahrgang

Ausgabe B Nr. 238

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
11. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297

Der Hochbahnstreik in Gang.

Schwere Beeinträchtigung des Verkehrs. — Kampf um den Achtstundentag. Heute Verhandlungen vor dem Schlichter.

Der Hochbahnerstreik hat heute morgen 5 Uhr begonnen. Viele Zehntausende kamen zu spät zur Arbeit, die Straßenbahnen und Autobusse wurden gestürmt. Der Streik bedeutet eine schwere Beeinträchtigung des Berliner Verkehrs. (Siehe auch 3. Seite.)

Die Hochbahnangestellten kämpfen um den Achtstundentag. Der Schiedsspruch läßt für das Fahrpersonal eine durchschnittlich neunstündige Arbeitszeit zu.

Eingreifen des Schlichters.

Auf Grund des von der Hochbahndirektion gestellten Antrages auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs hat der Schlichter für Groß-Berlin beide Parteien für heute nachmittag 2 Uhr zu Verhandlungen über diesen Antrag geladen.

Ein Aufruf der Streikleitung.

Die Zentralstreikleitung wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung Berlins. Darin wird ausgeführt, daß die Hochbahner bereits im Jahre 1924 gegen die neunstündige Arbeitszeit gekämpft haben. Am 11. November 1924 war der letzte Streik wegen der Arbeitszeit.

Das Fahrpersonal fordert die achtstündige Arbeitszeit und will auch in sozialer Beziehung den übrigen städtischen Arbeitern gleichgestellt werden.

„Wir sind städtische Arbeiter und wollen als solche behandelt werden", heißt es in dem Aufruf. „Der gefällte Schiedsspruch bringt anstatt Verbesserung Verschlechterung des bestehenden Vertrages."

Eine Versammlung der streikenden Hochbahner ist zu morgen 10 Uhr in den Saalbau Friedrichshain einberufen.

Eile mit Weile!

Der Wortlaut des Schiedsspruches ist den beteiligten Organisationen erst heute morgen nach Ausbruch des Streiks zugestellt worden. Der Schiedsspruch ist am Sonnabend abend 6 Uhr gefällt worden. Er ist schon nach 64 Stunden schriftlich ausgefertigt bei den Parteien eingetroffen. Es ist deshalb noch nicht möglich, den Wortlaut des Schiedsspruches der Oeffentlichkeit mitzuteilen.

Verhandlungen bei der Aboag.

Die Verhandlungen bei der Aboag haben zu keiner Einigung geführt. Der Schlichtungsausschuß hat von Amts wegen für Mittwoch vormittag zu Verhandlungen geladen, in deren Verlauf, falls keine direkte Verständigung erzielt werden kann, ein Schiedsspruch gefällt werden dürfte.

Der Wahlsieg in Polen.

Vormarsch der Sozialdemokratie.

Warschau, 11. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Erfolg der Sozialisten bei den polnischen Gemeindewahlen am Sonntag stellt sich als noch größer heraus, als er bei den ersten Ziffern erschien. Die polnischen Sozialisten haben in Lodz ihre Stimmen gegenüber der letzten Gemeindewahl fast verdreifacht. Sie stehen jetzt mit 56 000 Stimmen zum erstenmal als stärkste Partei im Industriezentrum da.

Die Kommunisten erhielten 41 000 Stimmen, die aber von der Regierung durchweg für ungültig erklärt wurden. Die polnischen Rechtsparteien sind fast von der Bildfläche verschwunden.

Die einst in Lodz führende Nationale Arbeiterpartei ist von 20 Mandaten auf 5 Mandate gesunken. Die Christlich-Demokraten haben statt 9 Mandate 5, und die unseren Deutschnationalen entsprechenden Nationaldemokraten sogar von 14 Mandaten nur 3 gerettet.

Die beiden deutschen Listen haben noch günstiger abgeschnitten als bereits gemeldet. Von zusammen über 24 000 deutschen Stimmen haben die deutschen Sozialisten fast 17 000, die Deutsch-Bürgerlichen über 7000. Die deutschen Sozialisten erhalten 7 an Stelle von 5 Mandaten, die Deutsch-Bürgerlichen 3 an Stelle von 2 Mandaten.

Die eigentliche Pilsudski-Partei der sogenannten Sanierungsliste errang nicht mehr als ein einziges Mandat.

Da auch von den jüdischen Parteien nur die Sozialisten — vor allem der sogenannte „Bund" mit über 14 000 Stimmen — neue Mandate dazugewonnen haben, ist die sozialistische Mehrheit gesichert.

Da Polen ebenso wie Deutschland auf Grund des Listenwahlrechts keine parlamentarischen Ersatzwahlen kennt, wird dieses Wahlergebnis allgemein als Stimmungsbarometer angesehen und man erwartet politische Folgen davon. Die sozialistenfeindlichen Blätter haben ihre Töne bereits auffällig geändert.

Moskau hat keine Eile.

Paris muß auf die Antwort warten.

Paris, 11. Oktober. (Havas.)

Seit Freitag hat der französische Botschafter in Moskau den Volkskommissar Tschitscherin noch nicht wiedergesehen. In Paris versichert man, daß auf Mittwoch eine Sitzung des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees in Moskau einberufen sei, um über den Fall des Sowjetbotschafters in Paris zu beraten. Man fügt jedoch hinzu, daß eine Entscheidung nicht vor Ende der Woche fallen werde.

Keine Marokkoräumung durch Spanien.

Primo dementiert sein Interview.

Madrid, 11. Oktober.

In einer offiziösen, der Presse übermittelten Note dementierte General Primo de Rivera kategorisch die Aeußerungen, die ihm in einem „phantastischen" Interview des Korrespondenten der „Sunday Times" in Madrid zugeschrieben würden. Die Mitteilung erklärt, daß Primo de Rivera und Chamberlain nicht die Gibraltarfrage angeschnitten hätten, daß sie auch nicht die Räumung Marokkos durch Spanien ins Auge gefaßt hätten. Primo de Rivera bestätigte die Erklärungen Chamberlains über die von Spanien gestellten Forderungen für eine Tangerkonferenz, namentlich, daß man Spanien notwendige Garantien gebe, damit weder Tanger noch sein Hinterland ein Verschwörungsnest für Schmuggler bleibe.

Mazedonische Unruhestiftung.

Diesmal an der griechischen Grenze. — Geständnis des bulgarischen Attentäters.

Belgrad, 11. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine amtliche Meldung besagt, daß der am Sonntag verhaftete mutmaßliche Miturheber des Attentats von Schtip ein volles Geständnis über seine Beteiligung abgelegt hat. Er soll gestanden haben, daß er und seine Komplicen auf Anordnung des Zentralkomitees der revolutionären mazedonischen Organisation handelten.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag kam es zwischen einer Abteilung griechischer Gendarmerie und einer Truppe bulgarische Komitatschis an der griechisch-bulgarischen Grenze wiederum zu einem Zusammenstoß. Im Verlauf eines Feuergefechtes wurden zwei Bulgaren getötet. Die anderen Teilnehmer an dem Ueberfall zogen sich nach verlorenem Kampf auf bulgarisches Gebiet zurück.

Der Weltgerichtshof unzuständig.

Mit 7:4 Stimmen lehnt er den Mavromatis-Fall zu entscheiden ab.

Haag, 11. Oktober.

Der ständige Internationale Gerichtshof veröffentlichte sein Urteil in dem griechisch-englischen Mavromatis-Streitfall. Die griechische Regierung hatte von der englischen Regierung in ihrer Eigenschaft als Mandatsmacht über Palästina eine Schadenersatzleistung in Höhe von 270 000 Pfund Sterling gefordert, weil sie den griechischen Staatsangehörigen Mavromatis in der Ausübung wichtiger ihm in Palästina zustehenden Konzessionen rechtswidrig verhindert habe. Gegenüber dieser Forderung hatte die englische Regierung die Einrede der Unzuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes erhoben. In der heutigen Entscheidung erklärte sich der Gerichtshof im Sinne des englischen Antrags für unzuständig. Die Entscheidung wurde mit sieben gegen vier Stimmen gefällt; unter den der Minderheit angehörenden Richtern befindet sich u. a. auch der griechische internationale Richter Caloyanni.

Ein internationales Zolltarifschema.

Der Ausschuß zur Angleichung der Zolltarife.

Genf, 11. Oktober.

Am Dienstag tritt der Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Frage der Vereinheitlichung der Zolltarifeinteilung unter dem Vorsitz von Fighiera, Direktor im französischen Handelsministerium, in Genf zu seiner zweiten Tagung zusammen. Der Ausschuß soll einen allgemeinen Rahmen für einen einheitlichen Zolltarif ausarbeiten. In seiner ersten Tagung hat der Ausschuß wertvolle Vorarbeit geleistet. In der Zwischenzeit sind die bereits ausgearbeiteten Vorschläge in verschiedenen Ländern geprüft worden. Der Ausschuß wird in seiner jetzigen Tagung besonders die Frage der Einteilung der Waren in die verschiedenen Kategorien prüfen.

Vereinfachungsversuch auch in Amerika.

Washington, 11. Oktober.

Staatssekretär Kellogg eröffnete heute eine panamerikanische Konsularkonferenz, auf der 21 Staaten vertreten sind. Der Zweck der Tagung ist eine Vereinfachung der konsularischen Ursprungszeugnisse herbeizuführen. Das Ergebnis der Besprechungen wird im Januar 1928 dem in Havanna tagenden 6. Panamerikanischen Kongreß zur Genehmigung vorgelegt werden.

Aufgaben der Werbewoche.

Wie gewinnen wir die Jugend?

Von Max Westphal.

Die Sozialdemokratie war stets die Vorkämpferin für das Wahlrecht der Jugend. Wenn heute den Zwanzigjährigen das Wahlrecht durch die Verfassung der Republik verbürgt ist, so haben sie das allein der Sozialdemokratie zu danken, die in der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar ihre Forderung gegen mancherlei Widerstände durchsetzte.

Das Wahlrecht der Jugend ist also ein Erfolg der Sozialdemokratie; es muß aber weit mehr als bisher die Sozialdemokratie zu Erfolgen führen. Es sind zwar keinerlei sichere Feststellungen über die Wahlbeteiligung der Jungwähler vorhanden, aber ihre verhältnismäßig geringe Beteiligung am politischen Leben zwischen den Wahlen läßt die Vermutung aufkommen, daß es auch bei der Wahlbeteiligung hapert. Wir müssen also in stärkerem Maße als bisher die wahlberechtigte Jugend für die Partei gewinnen, sie im politischen Leben aktiv machen — eine Aufgabe, die in der Werbewoche, in der wir die Partei für die kommenden Wahlen stärken wollen, mit zur Lösung gestellt ist.

Die politische Werbung unter der Jugend setzt mehr noch als bei den Erwachsenen eine längere Vorarbeit voraus. Der Erwachsene ist im allgemeinen schon durch seine Lebenserfahrungen politischen Dingen näher gebracht. Der Anruf in der Werbewoche bringt ihn meistens lediglich zur Ausführung dessen, was er stimmungsmäßig schon längere Zeit beabsichtigte. Der Anschauungsunterricht des Lebens hat ihn für die Partei gewonnen, was er von der Partei erwartet, sind weniger ideale Zukunftsdinge, sondern mehr gegenwärtige Lebenserleichterungen. Das ist bei der Jugend nicht so. Es sind bei ihr die Lebenserfahrungen, aus denen sie ihre Schlußfolgerungen zieht, die sie dann veranlassen, sich zur Partei zu bekennen. Bei ihr will der junge, ins Leben, in die Zukunft drängende Wille erfaßt sein, das Ideale zieht sie an, vor allem aber eine klar gestellte Aufgabe und die Möglichkeit dafür, sich selbst und anderen sichtbar, etwas zu tun. Das ist uns deutlich vor Augen getreten z. B. in dem großen Erfolg, den das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und, von der anderen Seite gesehen, die nationalistischen Kampfverbände, wie übrigens auch der Rot-Front-Kämpfer-Bund, gerade unter der Jugend hatten. Hier war allen die Aufgabe ohne schwieriges Studium erkenntlich und sichtbar, und was vielleicht mehr bedeutet, die Gegner standen sich immer aufreizend nahe gegenüber.

Da aber die Aufgabe der Partei weit größer und schwieriger ist als die unserer republikanischen Schutzorganisation und also nicht in so verhältnismäßig einfacher Form vor das Auge gestellt werden kann, da auch das Bewußtsein des Im-Kampf-Stehens aus der Parteiarbeit nicht so leicht erwachsen kann wie z. B. aus dem Dienst im Reichsbanner, und da schließlich auch die Lebenserfahrungen noch nicht in dem Maße wirken können wie beim Erwachsenen — so hängt also der Erfolg der Werbung unter der Jugend tatsächlich von einer viel eingehenderen Vorarbeit ab. Die Sozialdemokratie muß schon möglichst frühzeitig eine feste innere Verbindung zur heranwachsenden Jugend suchen. Die Jugend muß in die Partei hineinwachsen, weil sie weiß, daß das die Organisation ist, wo für die Ideale gekämpft wird, auf die der junge Geist eingestellt ist. Geschieht das nicht, dann wird es weiter vorwiegend so sein wie bisher, daß nämlich erst der Erwachsene durch seine Lebensnöte in die Partei geleitet wird.

Eine erfolgreichere politische Werbung unter der Jugend setzt also voraus eine starke Förderung, einen viel weiteren Ausbau der Kinderfreunde- und Arbeiterjugend-Organisation. Es kann nicht durch eine große Statistik bewiesen, wohl aber auf Grund allgemeiner Beobachtungen behauptet werden, daß die Zahl der jugendlichen Parteimitglieder in den meisten Fällen in einem bestimmten Verhältnis steht zur Mitgliederzahl der örtlich bestehenden sozialistischen Jugendgruppen und zu den organisatorischen und ideellen Beziehungen zwischen der Partei- und Jugendorganisation. Daß es daran in vielen Orten fehlt, steht leider fest. Wie oft kommt es doch vor, daß man, nachdem auf beiden Seiten viel über mangelnde Zusammenarbeit geklagt worden ist, sich entschließt, eine gemeinsame Versammlung der Partei- und SAJ.-Mitgliedschaft einzuberufen, um die Bahn für ein engeres Zusammenleben zu ebnen und Freundschaft zu schließen. Der Erfolg? Es ist z. B. in mehreren größeren Städten so gewesen, daß solche Versammlungen dann zu 90 Proz. von der Jugend (die fast vollzählig erschienen war) und nur zu 10 Proz. von der Parteimitgliedschaft besucht war. Die beabsichtigte Wirkung konnte natürlich unter solchen Umständen nicht erzielt werden; eher wurde das Gegenteil erreicht. Eine ständige organisatorische Förderung der Kinderfreunde- und Jugendbewegung an jedem Orte, die Unterhaltung fortlaufender persönlicher Beziehungen zu diesen Organisationen, das dürfte aber die fruchtbarste politische Werbearbeit unter der Jugend für die Partei sein. Das werden die Parteigruppen bestätigen, die in diesem Sinne handeln. Es soll hierbei nicht vergessen werden zu erwähnen, daß am diesjährigen 1. Mai in einer Anzahl Orte von der Parteiorganisation veranstaltete „Parteiweihen" stattfanden, in denen die aus der Jugendorganisation entwachsenen Genossinnen und Genossen feierlich in die Partei aufgenommen

wurden. Es handelte sich dabei um erste Versuche, durch die aber trotzdem weit über 1000 Jugendliche in die Partei kamen.

Es gibt neben der Jugendorganisation noch eine zweite wichtige „Jugend-Werbeinstanz" für die Partei, das ist die Elternschaft. Wie die Partei im Laufe der Jahre mit Nachdruck dafür gestrebt hat, daß auch die Ehefrau des Parteigenossen sich politisch organisierte, so muß sie jetzt darauf hinwirken, daß die sozialistischen Eltern ihre politisch mündigen Söhne und Töchter für die Partei gewinnen. Auch hier darf wiederum auf Grund der Erfahrungen in der Jugendorganisation wohl gesagt werden, daß es auf diese Weise mancherlei zu gewinnen gibt. In der Jugendorganisation besteht die Mitgliedschaft in sehr vielen, ja in den meisten Ortsgruppen durchschnittlich über 60 Proz. aus Kindern politisch und meistens auch gewerkschaftlich unorganisierter Eltern. Bei jeder Diskussion in den Jugendgruppen über die Zusammenarbeit mit der Partei taucht die Klage auf, die und die Parteigenossen schicken ihre schulentlassenen Söhne und Töchter nicht in die SAJ. Es sollen hier nicht etwa die eventuellen Gründe für das Verhalten der Eltern erörtert, sondern es soll nur diese Tatsache festgestellt werden; denn sie gibt Anlaß zu der Vermutung, daß derselbe Tatbestand auch in der Frage der politischen Organisierung zu verzeichnen ist. Die Partei muß darum die sozialdemokratischen Eltern auch an ihre politische Erziehungspflicht ihren Söhnen und Töchtern gegenüber erinnern. Wie die Sozialdemokratische Partei das ganze Volk zur Demokratie, zur politischen Selbstbestimmung geführt hat, so muß jeder einzelne Sozialdemokrat seine Kinder in die richtige Bahn zur Ausübung ihres politischen Mitbestimmungsrechtes führen.

Die Jugendwerbung für die Partei ist aber nicht nur eine Frage der Werbemöglichkeiten, des Werbeverfahrens, sie ist auch eine Frage des inneren Parteilebens. Als solche ist sie jedoch nicht von den Erwachsenen in der Partei allein zu lösen, sondern nur unter tatkräftigster Mitarbeit der Jugend. Man könnte sogar sagen, daß die jugendlichen Parteimitglieder den größeren Teil der Aufgabe zu lösen haben, denn von ihrer Regsamkeit, von ihrer energischen Mitarbeit hängt es im wesentlichen ab, welche Position sie in der Partei einnehmen. Je stärker ihre, durch unermüdliche und treue Pflichterfüllung bei der Kleinarbeit und bei der Lösung größerer Aufgaben errungene Position ist, desto mehr werden sie das Leben der Parteigruppen beeinflussen, es lebendiger und interessanter gestalten können. Die älteren Genossen sollten immer jungen, tüchtigen und schon erprobten Kräften gern Raum gewähren, sollten sie systematisch in den Kreis der Funktionäre hineinziehen, sollten auch die geistigen Interessen der Jugend bei der Gestaltung der Gruppenabende berücksichtigen.

Es ist nun einmal so, ist in der geistigen und seelischen Eigenart der Jugend begründet, daß ihr gegenüber ein besonderes und ihren Eigenarten gerecht werdendes Verhalten notwendig ist. Die Gewinnung der Jugend für die Partei, die Aktivierung der Jugend in der Partei ist in erster Linie eine Erziehungsaufgabe. Je besser wir sie als solche erfassen und bewältigen, desto größer wird unser Erfolg sein.

Der Arbeiter als Paria.

Stegerwald gegen den Geist des Bürgerblocks.

Herr Stegerwald hat in Paderborn über innerpolitische Kernfragen gesprochen. Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Beamtenbesoldung führte er aus:

„Die Arbeiter sagen mit einem gewissen Recht: wenn Angehörige der freien Berufe und sonstige in leitenden Stellen tätige Menschen eine hohe Lebensversicherung abschließen, so findet man das ganz in der Ordnung; wenn für 500 000 bis 700 000 pensionierte Beamte die deutsche Wirtschaft jährlich 1½ bis 1¾ Milliarden Mark an Pensionen aufbringen muß, so findet man das ebenfalls in der Ordnung, wenn aber für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte jährlich 3 Milliarden „soziale Lasten" aufgebracht werden sollen, wovon sich die Arbeiter die Hälfte von ihrem Lohn abhalten lassen müssen, dann wird damit der „Wille zur Arbeit getötet" und der „Wille zur Gesundheit gelähmt". Hat man denn keinen Sinn dafür, wie empörend es in Arbeiterkreisen wirken muß, daß man für einige hunderttausende Beamte 1½ bis 1¾ Milliarden Mark Pensionen aufzubringen für selbstverständlich hält, während, wenn für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte ein gleicher Betrag aufgestellt werden soll, dieser Betrag ständig als demoralisierend und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigend hingestellt wird?"

Sehr richtig — aber das, was Herr Stegerwald empörend findet, ist die Politik des Bürgerblocks. Diese Politik ist nur möglich durch die Unterstützung des Zentrums. Wollte Herr Stegerwald konsequent sein, so müßte er an der Seite von Wirth dem Bürgerblock eine entschiedene Absage erteilen.

Neuer Landbund-Korruptionsprozeß.

Hackbarth klagt gegen den Redakteur des Deutschen Bauernbundes.

Herr Hackbarth, das ehemalige Präsidialmitglied des Deutschen Bauernbundes, dürfte die Richter wohl noch lange beschäftigen. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte spielte er nicht wie neulich im Prozesse der Vorstandsmitglieder des Reichslandbundes v. Kalckreuth und Kriegsheim gegen den Geschäftsführer des Bauernbundes Jerks den Zeugen; er war als Privatkläger erschienen. Beklagter war wieder Herr Jerks. Heute gab es aber keinen Vergleich wie damals. Rechtsanwalt Dr. Hamburger, dessen Anwalt, erklärt im Auftrage seines Klienten, daß diese Angelegenheit in aller Oeffentlichkeit ausgetragen werden müsse. Nach dem, was über Herrn Hackbarth bekanntgeworden war, habe Herr Jerks die Ueberzeugung gehabt, daß es nicht allein sein Recht, sondern auch seine Pflicht sei, ihn des Verrats zu zeihen. Es muß als gerichtsnotorisch bekannt angesehen werden, daß Herr Hackbarth noch in seiner Eigenschaft als Präsidialmitglied des Bauernbundes in das gegnerische Lager übergetreten und eine Ueberleitungsstelle zwecks Zuführung der Mitglieder des Bauernbundes an den Reichslandbund geschaffen habe. Nach deutschen Volksbegriffen sei das Verrat. Herr Jerks habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Es könne sich nur darum handeln, den Umfang der Beweisaufnahmen festzulegen.

Da auch die Gegenseite von einem Vergleich nichts hören will, verliest der Richter den Eröffnungsbeschluß: der Privatkläger wirft dem Beklagten vor, daß er in der Zeitschrift „Der deutsche Bauernbund" in den Nummern 7 bis 12 ihm fortgesetzt Verrat, Betrug, Diebstahl, Unehrlichkeit und dergleichen mehr vorgeworfen habe. Auch wird da behauptet, daß er irrigerweise angegeben habe, er sei schon vor dem Kriege Landwirt gewesen.

Rechtsanwalt Dr. Hamburger beantragt die Ladung einer Reihe von Zeugen, die u. a. bekunden würden, Herr Hackbarth habe sich gerühmt, daß ihm vom Reichslandbund ein Gehalt von 15 000 bis 18 000 Mark versprochen sei, daß er Präsidialmitglied werden würde und daß ihm für seine Ueberleitungsstelle 45 000 Mark zur Verfügung gestellt worden seien. Auch die Gegenpartei beantragt die Ladung einer Reihe von Zeugen zwecks Führung eines Gegenbeweises. Allerdings wird die Beweisführung von beiden Parteien fallengelassen, nachdem Herr Hackbarth zugibt, erst nach dem Kriege Landwirt geworden zu sein. Ob er Inhaber einer Kutscherkneipe gewesen war oder nicht — er hatte darin eine Beleidigung erblickt — darüber soll kein Beweis erhoben werden.

Der nächste Termin wird für den 21. Oktober festgesetzt. Vorher wird aber noch eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Herrn Hackbarth und dem „Vorwärts" stattfinden.

Das Weltbild des Strafrichters.

Vor einer äußerst zahlreichen Zuhörerschaft, Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten sprach in der Juristischen Gesellschaft Dr. Alsberg über „Das Weltbild des Strafrichters". Sein gedankenreicher und im höchsten Maße zeitgemäßer Vortrag, der in dem einen oder anderen Punkte vielleicht Widerspruch herausforderte, kann hier nur in ganz großen Zügen skizziert werden. Er führte ungefähr aus: Das Weltbild des Strafrichters findet sich als Ganzes nicht in der Psyche des Einzelrichters; wir treffen es an in der sozialen Struktur der Gemeinschaft des Richtertums. Rechtsprechung ist ein praktischer Beruf. Als solche hat auch sie ihre Berufspsychologie. Diese wird zum Teil durch die besondere Idealität bestimmt, die auf der Tendenz beruht, die Idee der Gerechtigkeit zu verwirklichen. Im großen und ganzen wird aber die Weltanschauung des Richters von praktischen Erfahrungserlebnissen beherrscht, nicht von den logischen Schlußketten abstrakter Theorien. All das, was in die Erfahrungswelt des Richters nicht hineinpaßt, stößt er ab. Hierdurch ist es zu erklären, daß ein großer Teil der Richter die Besserungstheorie als alleiniges Strafprinzip neben der Sicherungsverwahrung nicht gelten lassen will. Wie weit mancher Richter in dieser Hinsicht geht, beweist ein Artikel aus der Feder eines Richters in einer Berliner Zeitung. Der Verfasser widersprach hier mit aller Entschiedenheit einer milderen Beurteilung von Verbrechen geistig Minderwertiger, obgleich sowohl die moderne Theorie, als auch der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch dies als Selbstverständlichkeit betrachtet. Ist somit die Summe der Lebenserfahrung maßgebend für die Weltanschauung des Richters wie für seine Ausübung der Rechtspflege, so wird in vielen Fällen die Art, wie sich seine Weltanschauung nach außen auswirkt, durch zwei Momente kompliziert: durch sein Streben zur Macht einerseits, durch den Enthusiasmus, mit dem er seine richterliche Tätigkeit ausübt andererseits. Sofern sich diese Machtgelüste ungehemmt durch Kontrollinstanzen oder durch Normen des Prozeßrechts auswirken dürfen, können sie eine Gefahr bedeuten. Der Richter setzt sich z. B. in seinem Streben, die Wahrheit zu erforschen, über prozessuale Vorschriften hinweg; im Interesse der Sache sieht er eine Verdunkelungsgefahr dort, wo sie in Wirklichkeit nicht vorhanden ist und verhängt deshalb Untersuchungshaft; er macht sich die verfehlte Gerichtsorganisation zunutze und bemüht sich in der Gerichtsverhandlung urteilsgetrübt durch die Kenntnis der Akten die Ueberführung des Angeklagten zu Werke zu bringen, was in Wirklichkeit Aufgabe des Staatsanwalt sein müßte.

Andererseits würde aber eine zu große Herabminderung der Macht des Richters ihm seine Arbeitsfreudigkeit nehmen. Diese Arbeitsfreudigkeit artet aber bei manchen Richtern in einen Enthusiasmus aus, der ihnen ihr Tun fast als etwas Religiöses erscheinen läßt. An ihren Urteilen darf nicht gerüttet werden, sie sind heilig. Daher der große Widerstand, der dem Wiederaufnahmverfahren entgegengesetzt wird; daher auch die scharfen Urteile gegen meineidige Zeugen. Der Zeuge ist für den Richter Eideshelfer. Seine beeidete Aussage macht er zur Grundtaxe seines Urteils. Ist es falsch, so trifft ihn, den meineidigen Zeugen die Schuld, daß auch das Urteil der Richter, das ein unbedingt richtiges sein soll, falsch ist. . . .

Die Ausführungen des Vortragenden über das „Weltbild des Strafrichters" waren geeignet, den sozialistischen Zuhörer in seiner Auffassung zu stärken, daß dem heutigen Richtertum eine Zufuhr neuen Blutes von sozial anders eingestellten Kreisen unbedingt not tut. Die Forderung, durch eine abgeänderte Gerichtsorganisation und eine Umgestaltung der Strafprozeßordnung die Machtvollkommenheit des Richters einzuschränken, wie auch die andere Forderung, das Maß seines freien Ermessens nicht noch zu erweitern, erhielten durch die Ausführungen des Referenten neue Nahrung.

Zum Fall Tresckow wird erklärt, daß Reichskanzler Dr. Marx augenblicklich nicht in Berlin sei und deshalb zu dem Urteil im Tresckow-Prozeß noch nicht habe Stellung nehmen können; es sei zu erwarten, daß diese Stellungnahme des Reichskanzlers erst erfolgen werde, wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliege.

Irma Gramatica.

Gastspiel im Renaissance-Theater.

Irma und Emma Gramatica entstammen einer Familie von Wanderkomödianten, d. h. das Theaterzigeunerkind wird schon als Säugling durch die Lande geschleppt. Auch noch in heutigen Tagen. Bevor die Mutter auf die Bühne tänzelt, hebt sie unter der Verpanzerung des Mieders noch einmal die schwellende Brust heraus, um das Kleine trinken zu lassen. Schmiere und Schmelz werden zu einer einzigen Einigkeit. Man hungert und fastet. Man hat gar keine Zeit zum Verschnaufen, auch nicht, um sich zu erziehen oder gar zu verfeinern. Man spielt eine grobe, eine Stegreifkomödie. Man lauert, wenn man nicht aus der Phantasie allerhand Unsinn herunterrost, gierig auf den Souffleur. Der Souffleur unten vor der Bühne ist unter Umständen die Hauptperson. Man hört die Souffleuse, die ungefähr ebenso gefährlich zischelt, wie die Schlange im Paradies, auch heute noch im Renaissance-Theater ebenso deutlich, wie etwa im Theater „Zur Ruhe des Soldaten", das Mussolinis Gnaden in italienischen Kasernenhöfen aufschlug, um seine Milizen vor dem Sozialismus und dem Alkohol zu bewahren. Auch heute noch gilt in Italien am meisten dieses Schmierentheater. Werden die italienischen Komödianten seßhaft, dann werden sie zu stolz. Das bedeutet: zu gestellt, sie werden wie gelähmt, sie werden Deklamiermaschinen. Wie entsetzlich waren Pirandellos Schauspieler, denen der Direktor eine Gesinnungsdressur zugemutet hatte. Das italienische Komödiantenherz, das von Natur ein kleiner Vesuv ist, mußte zum Dudelsack oder zum Eisbeutel degradiert werden.

Nach der Duse, die die süßeste und schmerzensvollste Wanderkomödiantin war, sind es die beiden Schwestern Gramatica, die wiederum für eine Weile die Zigeunernatur veredeln und alle Improvisationskunststücke ihrer männlichen und weiblichen Kumpane vervollkommnen. Aller Ehrgeiz dieser beiden Frauen zielt auf die raffinierte Handhabung des technischen Komödiantenmittels, das durch den romantischen Zigeunermißbrauch in Italien stark heruntergekommen ist. Die beiden Schwestern kultivieren die wundervollste Akrobatik der Stimme, der Hände, der Augen, des Mundes, aller übrigen Gliedarten. In die Disziplinlosigkeit der Schmieren bringen sie Disziplin. Sie überwinden, was eine französische Schauspielerin niemals vermocht hätte, sogar die weibliche Koketterie, und machen sich, wenn sie etwa eine Bettel zu spielen haben, häßlicher als häßlich. Irma Gramatica ist absolut eine komödiantische Zwillingsschwester Enumos, die wir in den letzten Tagen sahen und bewunderten. Irma weicht auch nicht um einen Zoll von dem fabelhaft trainierten Talent ihrer Schwester ab. Es ist das Ziel der beiden Zwillinge, niemals vor der Rolle zu desertieren, sie wollen jede Rolle knock out machen — wie ein Boxer. Wundervolle Handgriffe, unübertreffliche Gefühlsarien mit dem Munde, den Händen, mit den Ellenbogen sogar. Sie erreichen die höchste Virtuosität im Nachahmen der Wirklichkeit, indem sie auf jede Zufallsromantik verzichten. Das ist unendlich viel, das ist das Geheimnis der vollendeten Schauspielertechnik. Die Technik kann dann auch ein minderwertiges Stück retten und sogar adeln. So geschah es auch dem Schauspiel Nikodemis von der gelähmten Frau, die ihrem Gatten verzeiht, daß er sich ein gesünderes Weibchen heimholt, weil seine kranke Gemahlin ihm nur noch Seelenzärtlichkeit schenken konnte. Irma Gramatica hat diese gelähmte Frau, die sich selber einen Schatten nennt, zu spielen, Schatten der Wirklichkeit, Schönheit der Virtuosin — das ist auch die zweite Frau Gramatica, die wir begrüßen.

Max Hochdorf.

Musiker, Musiklehrer und Besoldungsreform.

Im Beisein von Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens tagte der Hauptvorstand des Reichsverbandes Deutscher Orchester und Orchestermusiker E. V. zwecks Stellungnahme zu dem Entwurf des Beamtenbesoldungsgesetzes. Nach mehrstündiger Beratung wurde folgende Resolution gefaßt: „Der Reichsverband Deutscher Orchester und Orchestermusiker E. V. (RDO.) stellt fest, daß die in dem Entwurf des preußischen Besoldungsgesetzes für die preußischen staatlichen Kammermusiker vorgesehene Besoldungsregelung der Bedeutung dieser Beamtenkategorie nicht entspricht. Ihr sachliche künstlerische Vorbildung und die Stellung der Staatsorchester im kulturellen Leben des Volkes rechtfertigen die Gleichstellung der Mitglieder dieser Orchester mit anderen staatlichen Beamtenkategorien, die eine gleiche Vorbildung und ähnliche künstlerische Tätigkeit aufzuweisen haben, z. B. Obermusiklehrer und sonstige Musikfachlehrer an den höheren Lehranstalten. Es wird von den maßgebenden Stellen erwartet, daß die Mitglieder der preußischen Staatsorchester in ihrer Besoldung gegenüber dem bisherigen Besoldungsniveau wesentlich gehoben werden. Entsprechendes wird für die Mitglieder der sonstigen Kulturorchester gefordert."

Ferner wird uns geschrieben: Die Musiklehrer in Alt-Berlin waren vor 1920 mit 2700 M. bei wöchentlich 16 Pflichtstunden angestellt; d. h. bei den jetzt verlangten 25 Stunden 4000 M. Anfangsgehalt. Dasselbe bezogen die Philologen. Nur das Endgehalt war bei letzteren höher. 1920 brachte die Besoldungsordnung (mit späteren Aenderungen) den Musiklehrern ein Anfangsgehalt von 3012 M. nebst Wohnungsgeld, den Philologen von 3960 M. nebst Wohnungsgeld. Die neue Besoldungsordnung sieht für die Musiklehrer an den höheren Lehranstalten 3000 M. und für die Philologen 4800 M. Anfangsgehalt vor (exklusive Wohnungsgeld). Die Einschiebung der Obermusiklehrerstellen ist unmoralisch und ungesetzlich, da mit diesen Stellen keine besondere Funktion verbunden ist. Die Organisation der Musiklehrer hatte seinerzeit diese Stellen auch abgelehnt. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Die Art der Auswahl hat viel böses Blut gemacht.

Ein neues Herzhormon. Professor Zuelzer, der schon seit zwei Jahrzehnten durch seine Leber- und Herzforschungen bekannt geworden ist, veröffentlichte soeben eine Mitteilung, derzufolge es ihm gelungen sei, ein neues Herzhormon aus der Leber zu gewinnen, das er Eutonon nennt. Dieses Herzhormon, in dem Substanzen der Nebenniere und Bauchspeicheldrüse enthalten sind, ist bereits mehrfach durch Experimente mit Froschherzen erprobt worden und hat hierbei erstaunliche Wirkungen gezeigt. Außerdem aber ist es auch an herzkranken Menschen versucht worden, bei denen gleichfalls sehr günstige Ergebnisse festgestellt wurden. Erstaunlich aber waren besonders die Versuche, die an toten Froschherzen gemacht sind. Es ist bekannt, daß man die Herzen von toten Fröschen, auch wenn sie aus dem Körper des Frosches herausgeschnitten sind, kurze Zeit nachher wieder zum Schlagen bringen kann, wenn man sie mit der Ringerschen Lösung anfüllt. Wenn man das Froschherz vergiftet, dann bleibt das Herz natürlich stehen und eine Wiederbelebung durch die Ringersche Lösung ist nicht mehr möglich. Hier hat das neue Herzhormon Eutonon seine hervorragende Fähigkeit bewiesen, denn auch diese Herzen, die bereits vergiftet waren und stillstanden, sind wieder zum Schlagen gebracht worden. Es kam sogar vor, daß Herzen bereits mehr als eine halbe Stunde nicht mehr schlugen und trotzdem wieder belebt worden sind.

Nun fragt es sich, welche Bedeutung diese erstaunliche Wirkung des Herzhormons auf das Herz des lebenden Menschen haben wird. Die bisherigen Versuche ergaben, daß bei herzkranken Menschen durch Anwendung des Eutonons Verbesserungen ihres Zustandes erzielt worden sind, soweit sie sich auf die Veränderung des Pulses, entweder auf Beschleunigung oder Verlangsamung, sowie auf notwendige Steigerungen und Senkungen des Blutdruckes bezogen. Die Auswirkungen des neuen Herzhormons lassen sich heute natürlich noch nicht übersehen, da die Versuche sich erst im Anfangsstadium befinden. Schon jetzt ist die eine Tatsache sicher, daß es sich um ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung des Herzens handelt.

Ein deutscher Theatererfolg in Paris. Montag abend fand im Montmartretheater „L'Atelier" vor geladenem Publikum die Generalprobe von Tolstois „Lebendem Leichnam" in vollkommen deutscher Besetzung mit Alexander Moissi, Eduard von Winterstein, Rosa Bertens, Leontine Sagan statt. Moissi stellte sich damit zum erstenmal dem Pariser Publikum vor und erzielte ebenso wie die übrigen Darsteller einen beispiellosen Erfolg. Die Aufführung fand in deutscher Sprache statt. Darauf folgte noch das Milieustück Tolstois „Alles Gute kommt von ihr" in zwei Bildern in französischer Sprache mit Alexander Moissi als Vagabund und Rosa Bertens als Akulina. Auch dieses Stück fand lebhaften Beifall.

Die Bibliothek von Georg Brandes. In einem besonderen Georg-Brandes-Zimmer, in dem auch seine Büste von Max Klinger ihren Platz fand, ist jetzt in der Königlichen Bibliothek von Kopenhagen der Hauptteil seines Bücherbesitzes aufgestellt worden. Das Zimmer enthält außer der Büchersammlung, die ihren besonderen Wert in den vielen Widmungsexemplaren hat, die vollständige Briefsammlung von Brandes, u. a. seinen Briefwechsel mit Nietzsche, Strindberg, Clemenceau, Anatole France, Romain Rolland.

Ein Gastspiel der Kammeroper findet Sonntag, vormittags 11.45 Uhr im Renaissance-Theater statt. Zur Aufführung gelangen die Kammeroper „Der gefangene Vogel", Musik von Hans Chemin-Petit, sowie „Der verliebte Gesangsmeister", Musik nach Pergolesi.

Bei der Böcklin-Ausstellung, die die Nationalgalerie zum 100. Geburtstag des Meisters veranstaltet, wird am 15. Oktober Heinrich Wölfflin die Festrede halten. Die Ausstellung wird das erste Stockwerk des alten Hauses der Galerie füllen.

Verhungern lassen!

Ein gewissenloser Junker und seltsame Schiedsrichter.

Aus Harburg a. Elbe wird uns geschrieben:

Dieser Tage hat vor dem Arbeitsgericht in Stade ein Prozeß stattgefunden, der verdient, auch einer weiteren Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Der Privatförster Gustav Borghardt aus Horneburg bei Stade hatte gegen den Rittmeister a. D. Otto von Düring Klage erhoben, dessen Hintergrund eine häßliche Familiengeschichte im Hause des Herrn von Düring bildete.

Förster B. war bei von D. als Förster auf Lebenszeit angestellt worden. *Der § 2 des Anstellungsvertrages sieht im Falle einer Pflichtverletzung die sofortige Entlassung vor. Förster B. wohnte in einem Forsthaus im Walde bei Horneburg. Neben dem Forsthaus steht ein sogenanntes Jagdhaus, das von einer Tante des Rittmeisters, Frau von Mandelsloh, bewohnt war. Der Förster war gehalten, diese Dame zu beköstigen, wofür er von Düring entschädigt wurde.

Im Vorjahre beabsichtigte nun von D., in dem Jagdhaus einen neu angestellten Verwalter unterzubringen und strengte, weil Frau von M. sich weigerte auszuziehen oder mit weniger Wohnraum sich zufriedenzugeben, die Räumungsklage an, der auch später stattgegeben wurde. **Um nun die alte Dame mürbe zu machen, aus dem Hause zu ziehen, erteilte von D. seinem Förster den Befehl, die Verpflegung für seine Tante einzustellen.** Aus Menschlichkeitsgründen glaubte sich aber Borghardt für berechtigt zu halten, die völlig mittellose Frau, die sich zudem selbst nicht gut behelfen konnte, weiter zu beköstigen, allerdings nicht auf Kosten von D., sondern auf seine eigenen Kosten.

Diese menschliche Selbstverständlichkeit sollte aber nach dem Willen von D. dem Förster den Hals kosten. Denn das Verhalten des Försters paßte durchaus nicht in von D. seinen Feldzugsplan. **Er kündigte kurzerhand seinem Förster mit der Begründung, daß er in der Nichtausführung seines gegebenen Befehls, der alten Frau nichts mehr zu essen zu geben, eine grobe Pflichtverletzung erblicken müsse.** Der Förster rief den im Anstellungsvertrag außergerichtlich vorgesehenen Schiedsmann an, und zwar den Landrat des Kreises Stade, der aber dahin entschied, daß ein wichtiger Grund zur Entlassung des Klägers vorliege. Gegen diesen Entscheid bestritt der Kläger den Klageweg mit der Behauptung, daß der Schiedsspruch des Landrats Cornelsen unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften gefällt worden sei. Es sei ihm nicht einmal Gelegenheit gegeben worden, sich mündlich zu äußern. In der Tat hatte sich der Landrat zwei Monate Zeit genommen, um den Schiedsspruch zu fällen.

Das Landgericht Stade hob den ersten Schiedsspruch auf. Inzwischen war auch noch ein zweiter Schiedsspruch auf Grund des § 8 des Anstellungsvertrages ergangen, und zwar durch einen von der Landwirtschaftskammer Hannover bestellten Schiedsmann, Herrn von Clausbruch. Ohne daß auch hier Borghardt persönlich gehört worden war, lautete dieser Schiedsspruch wiederum, daß Kläger sich einer Pflichtverletzung dadurch schuldig gemacht hatte, indem er Frau von Mandelsloh entgegen den Anordnungen seines Arbeitgebers weiter beköstigte.

Infolge Inkrafttretens der Arbeitsgerichte standen dem Förster B. nunmehr aber andere Mittel und Wege zur Verfügung um zu seinem Rechte zu gelangen. **Die Klage** beim Arbeitsgericht Stade lautete in erster Linie auf Aufhebung des Schiedsspruches, weil er, mit dem **Vorwurf der Pflichtverletzung** belastet, nur schwer wieder eine Anstellung als Privatförster erhalten hätte. Weiter forderte er, daß ihm der Differenzbetrag des seit 1924 zu wenig gezahlten Gehaltes sowie das volle Gehalt vom Tage der Kündigung an ausgezahlt wird. Obgleich sich der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes große Mühe gab, eine Einigung herbeizuführen, erklärte die Gegenseite, daß das Arbeitsgericht in dieser Angelegenheit überhaupt nicht zuständig wäre, sondern nach dem § 8 des Vertrages nur das hier vorgesehene Schiedsgericht. Nach Auffassung von D. liege grobe Pflichtverletzung vor, da der Kläger einen ihm gegebenen Befehl nicht ausgeführt habe. Ueber die Folgen, die sich eventuell durch die Ausführung seiner Anordnung hätten ergeben können, brauchte der Kläger nicht nachzudenken. Damit meinte also Herr von D., daß B. die alte Frau dort draußen in ihrem einsamen Jagdhause ruhig hätte verhungern lassen sollen.

Nach fast vierstündiger Verhandlung wurde das Urteil verkündet, daß der Beklagte an den Kläger 4336 M. für zu wenig gezahltes und rückständiges Gehalt zu entrichten hat. Laut § 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes ist ein Schiedsvertrag für Einzelstreitigkeiten nicht zulässig. Nicht eine Einzelperson darf als Schiedsrichter fungieren, sondern es müssen Beisitzer von beiden Seiten zugegen sein. Außerdem ist der Kläger nicht schriftlich, sondern mündlich zu hören. Dem Antrag auf Aufhebung des gefällten Schiedsspruches wurde stattgegeben und damit der Vorwurf der groben Pflichtverletzung von Förster B. genommen. **Die Frage, ob die Kündigung zu Recht erfolgt sei und ob eine grobe Pflichtverletzung vorgelegen hat, wurde vom Gericht verneint.**

In der weiteren Begründung ging das Arbeitsgericht mit Herrn von D. ziemlich hart um. Es wird gesagt, das Verhalten des Herrn von D. verstoße in hohem Maße gegen die guten Sitten. Dem Rittmeister von D. war genau bekannt, daß Frau von M. keine Mittel mehr besaß, womit sie ihren Lebensunterhalt fristen könnte. Von D. suchte durch das Mittel des Aushungerns die alte Dame für seine privaten Pläne gefügig zu machen. **Die Ausführung des Befehls des von D. würde gegen die guten Sitten verstoßen haben.** Die Anordnungen aus dem Anstellungsvertrag dürften sich auch nur sinngemäß auf das Arbeitsgebiet des Klägers erstrecken.

Weil die Frage, ob eine grobe Pflichtverletzung vorgelegen hat, glatt verneint werden mußte, so konnte auch eine rechtmäßige Kündigung überhaupt nicht erfolgen. Der Kläger befindet sich demnach noch heute im Dienst des Beklagten. Ihm ist demnach sein Gehalt auszuzahlen.

Durch diesen Gerichtsspruch ist dem Förster Borghardt sein Recht geschehen und dem Rittmeister a. D. von Düring, für dessen unglaubliches Verhalten seiner alten 68jährigen Tante gegenüber eine Entschuldigung kaum gefunden werden kann, ist nunmehr auch von Gerichtsstelle bescheinigt worden, wie die nähere und breitere Oeffentlichkeit von Horneburg und Stade über diese Angelegenheit denkt. Den beiden Schiedsrichtern, dem Landrat Cornelsen, Stade, und Clausbruch, Hannover, kann aber der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie in der Sache Borghardt gegen von Düring zum mindesten oberflächlich verfahren sind. Aus der klaren Sachlage hätten sie ersehen müssen, daß von Düring von vornherein im Unrecht war.

Die Hindenburgspende in Württemberg, dem Land großer Fabriken von Weltruf, und der Domäne des deutschnationalen Herrn Bazille brachte insgesamt 110 000 Mark, pro Kopf des Einwohners nicht einmal zwanzig Pfennig! Weit ist der Weg von nationaler Begeisterung bis zum Geldschrank.

Tschangtsolins Nordtruppen melden Erfolge über ihre Gegner und kündigen einen allgemeinen Gegenangriff an.

Bolgiano heißt Bozen jetzt; Bolzano war noch zu deutsch.

Berlin ohne H- und U-Bahn.

Abwanderung auf Straßenbahn, Autobus und Stadtbahn.

Seit drei Jahren erlebt Berlin wieder einmal einen Streik bei der Hochbahn. Es war am Dienstag, dem 11. November 1924, als die Berliner Hoch- und Untergrundbahn durch den in einer Nachtversammlung gefaßten Streikbeschluß stillgelegt wurde. Damals wie heute geht der Kampf der Hochbahner um eine Verbesserung ihrer gewiß nicht leichten Lohn- und Arbeitsbedingungen; damals wie heute sind die Sympathien der werktätigen Bevölkerung bei den Kämpfenden.

Die Einstellung des Hochbahnbetriebes

ist den allermeisten überraschend gekommen. Selbst das modernste und schnellste Nachrichtenmittel, der Rundfunk, konnte gestern abend nichts mehr mitteilen. Die Hochbahnbenutzer standen heute morgen vor verschlossenen Eingängen, an denen die bekannten Betriebsstörungsplakate die lapidare Mitteilung enthielten, daß **„wegen Streiks geschlossen"** sei. Jetzt begann die Abwanderung zu den anderen Verkehrsmitteln. Straßenbahn und Omnibus nahmen einen Teil der früheren Hochbahnfahrgäste auf, doch war der Andrang nicht überwältigend groß. Viele Berufstätige, die sonst bequemlichkeitshalber zu ihrer Arbeitsstätte mit der Hoch- und Untergrundbahn fahren, haben den Weg zu Fuß zurückgelegt und nur, wer es besonders weit und eilig hatte, ging zu den anderen Verkehrsmitteln über. Auch im Laufe des Vormittags ist keine **sehr große Steigerung des Verkehrs auf den anderen städtischen Verkehrsmitteln zu bemerken gewesen.** Wer sichs leisten konnte, hat die Autodroschken etwas verdienen lassen, aber auch sie standen immer noch in genügender Anzahl zur Verfügung. Das Aussetzen der Hochbahn wird sich erst im Laufe des Tages voll auswirken.

In Neukölln hat der Streik der Hochbahnangestellten zur Folge gehabt, daß die Straßenbahn fast gestürmt wurde. Für viele Arbeiter, die im Norden und Westen Berlins, in Spandau, arbeiteten, war das hauptsächlichste Verkehrsmittel die Hochbahn. Die Benutzung der Straßenbahn, zu Fahrten bis nach dem Norden, bedeutete für viele Arbeiter eine Verspätung bis zu einer Stunde. Häufig sah man an den Untergrundbahnhaltestellen, die verschlossen waren, Ansammlungen von mehreren hundert Personen. Es bedurfte meist erst einer kleinen Ansprache des Gewerkschaftsfunktionärs, um allen den wahren Grund der Stillegung zu verraten. An den Untergrundbahnhöfen Neukölln, Rathaus und am Hermannplatz überall das gleiche Bild. Auch die Ringbahn, die nach der Eröffnung der Neuköllner Untergrundbahnstrecke einige „Kunden" verloren hatte, mußte hier wieder Massen befördern.

Der Verkehr in den frühen Morgenstunden aus dem äußersten Westen gestaltete sich besonders schwierig. Namentlich diejenigen Fahrgäste, die auf die Wilmersdorfer Strecke der U-Bahn angewiesen sind, hatten zu leiden, um so mehr, als vom Beginn des Streiks vorher nichts bekannt war. Die Anwohner der Bahnhöfe Thielplatz, Podbielskiallee, Breitenbachplatz haben in der Nähe keine andere Verkehrsmöglichkeit. Am Rüdesheimer Platz ist gleichzeitig Endhaltestelle der Straßenbahn 69 und des Autobus 25. Der Autobus war schon bei Beginn der Fahrt stets überfüllt, trotzdem auf der Strecke Doppeldeckwagen verkehren. Auch die 69, die meistens schon mit Verspätung aus der Stadt kam, war vollbesetzt, so daß Wartende an den folgenden Haltestellen gezwungen waren, bis zur Kaiserallee zu gehen, wo eine größere Anzahl Linien verkehrt. Die Autohaltestellen, an denen sonst um diese Zeit eine ganze Reihe von Wagen wartet, waren leer.

Durch das Ausfallen dieses wichtigen Verkehrsmittels werden die Fahrgäste natürlich am Geldbeutel geschädigt, besonders jene, die ein Abonnement besitzen. Unterbricht z. B. jemand in alter Gewohnheit seine Tour, um mit der Hochbahn weiterzufahren, so ist er sofort bestraft, denn er muß zum Weiterkommen nunmehr einen neuen Fahrschein lösen, wenn er das Ziel seiner Fahrt erreichen will. Schon dieser Umstand zeigt, daß die Verkehrsmittel heute unlöslich miteinander verbunden sind.

Um die Berliner Wochenmärkte.

Der Kampf der Marktgegner.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Berliner Wochenmärkte sich bei der Bevölkerung einer großen Beliebtheit erfreuen. Die Preise für sehr viele Gegenstände sind dort niedriger als anderswo, und gerade daraus erklärt sich der starke Besuch. Spricht ja schon die Vermehrung der Wochenmärkte von Jahr zu Jahr für die Bedeutung dieser Einrichtung! Zudem wirken die etwa 100 Wochenmärkte auf das Wirtschaftsleben in starkem Maße preisregulierend.

Wie nun aus einer Zuschrift des „Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands" hervorgeht, setzt ein immer intensiverer Kampf von gewisser Seite aus gegen die Wochenmärkte ein. Die Gegner arbeiten schon seit langen Jahren an der Untergrabung der Wochenmärkte, die Bevölkerung ihrerseits aber hat ein großes Interesse an einem weiteren Ausbau. Seit Jahrzehnten werden auf den Wochenmärkten, in der letzten Zeit auch in den Markthallen, Textilwaren und Bedarfsgegenstände aller Art verkauft. In neuerer Zeit wird nun von gegnerischer Seite eine Beschränkung der Marktartikel angestrebt: Textilwaren sollen von den Märkten verschwinden. Dieser Kampf, der gegenwärtig von den verschiedenen Organisationen ausgetragen wird, beschäftigt die behördlichen Instanzen, wie Magistrat und Bezirksausschuß, in starker Weise. Es muß festgestellt werden, daß die Mittel, die von den Marktgegnern zur Bekämpfung ihrer Konkurrenten, des Markthandels, benutzt werden, nicht ganz einwandfrei erscheinen. So wurde zum Beispiel in einer Versammlung des Kaufmännischen Vereins für Steglitz behauptet, „daß der Markthandel infolge des ganz unbedeutenden Marktstandgeldes und der unzureichenden Steuerkontrolle rechtlohnend sei." Hierzu muß bemerkt werden, daß es gerade wegen des häufig sehr hohen Standgeldes den kleinen Markthändlern oft sehr schwer fällt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Auch ist die Steuerkontrolle bei den Markthändlern durch das vorschriftsmäßige Umsatzsteuerbuch, bzw. die Buchführung äußerst scharf. In einer Eingabe, die von den Textilketaillisten Groß-Berlins an die Industrie- und Handelskammer gerichtet wurde, heißt es sogar, daß die Standinhaber der Wochenmärkte nicht nur schwer kontrollierbar, sondern auch schlechte Steuerzahler sind. Bei diesen Redewendungen sind die Grenzen des Anstandes überschritten. Auf welche Beweise gründet sich denn der schwere Vorwurf, der in dieser Eingabe erhoben wird?

In den letzten zwanzig Jahren haben sich durch den Verkauf von Textilwaren und Wirtschaftsgegenständen mehrere tausend kleine Existenzen gegründet. Sie kämpfen um Sein oder Nichtsein. Es ist aber erfreulich, daß sie darauf verzichten, die gleichen Mittel wie die Marktgegner anzuwenden.

Mord- und Selbstmordversuch in Schöneberg.

In der vergangenen Nacht versuchte eine 40 Jahre alte Frau B. aus der Gustav-Müller-Straße in Schöneberg, ihre 14jährige Tochter und sich selbst mit Gas zu vergiften. Die Frau war des Lebens überdrüssig, weil sie mit ihrem Mann fortgesetzt Zwist hatte. In der vergangenen Nacht kurz nach 3 Uhr erwachte die Tochter aus dem Schlafe und fand die Räume mit Gas angefüllt. Der Vater war nicht zu Hause. In der Küche bot sich dem Mädchen ein schrecklicher Anblick. Die Mutter lag, aus einer Wunde an der linken Hand stark blutend, regungslos auf dem Fußboden. Sie hatte die Gashähne geöffnet, sich mit dem Rasiermesser ihres Mannes drei Schnitte am linken Handgelenk beigebracht und war unter dem starken Blutverlust zusammengebrochen. Die Frau wurde unter dem Verdacht des versuchten Mordes als Polizeigefangene nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht, der Tochter nahm sich einstweilen die Polizei an.

Aussterbender Adel.

Das war ein bitteres Thema, mit dem sich der Verein für Personen- und Familiengeschichte in seiner letzten Sitzung beschäftigte. Es handelt sich um nichts weniger als um die Feststellung, daß der schwedische und der finnische Adel auf dem Aussterbeetat stehen, was der finnländische Baron Dr. Eric von Born in einem sehr wissenschaftlich fundierten Vortrag zum besten gab. Man höre und staune: von allen schwedischen Adelsgeschlechtern sind bereits über 85 Prozent im männlichen Stamm erloschen, und in Finnland sind im letzten Jahrhundert 40 Prozent aller dortigen Adelsgeschlechter ausgestorben! Und trotzdem florieren die Länder noch. Es scheint ihnen sogar seit der Verminderung des Adels besser zu gehen, was man, auf unsere Verhältnisse übertragen, nicht feststellen kann. Welche Sorgen müssen diese Leute haben, die sich mit solchen weiterschütternden Fragen beschäftigen, während sie auf der anderen Seite nicht zu sehen vermögen, daß ganze Familienstämme und Gründungen im Bürger- und Arbeiterstande durch den Würgeengel Hunger, Krieg und wirtschaftliche Konjunkturverschiebungen hinweggefegt werden. Und daß dieser soziale Familienmord unzweifelhaft grausamer ist als der „heralitische Würgeengel", wie ihn der Vortragende so schön benannte. Er war aber immerhin objektiv genug, auf Grund des breiten Beweismaterials auszuführen, daß der nordeuropäische Adel seine Dezimierung weniger auf Schlachtfeldern gefunden hat, wo das Fußvolk die Ritter schützte, und wo der Feind bestrebt war, den feudalen Gegner möglichst lebendig in die Hände zu bekommen zur Erpressung eines Lösegeldes. Er führte das große Sterben auf konstante innere Gründe zurück. Auch der Zufall hätte eine große Rolle gespielt. Es entbehrt nicht der Pikanterie, wenn die Herren Geneologen beweisen, der landsässige Adel habe sich durchweg erhalten und sei sogar dabei, seine Kopfzahl zu vermehren, während der „gemachte" Adel aus der Günstlingswirtschaft der galanten schwedischen Christine und der Beamtenadel auf Grund unbeständiger wirtschaftlicher Fundierung kaum die dritte Generation überdauert. Die Menschen mit „blauem Blut" scheinen also denselben biogenetischen Gesetzen unterworfen zu sein wie die gewöhnlichen Sterblichen, nur daß man ihnen wissenschaftlich attestiert: Mangel an Familiensinn, ein überaus häufiges Zölibat der männlichen Mitglieder (Homosexualität), unfruchtbare Ehen usw. Es sind ja recht niedliche Dinge, in die ein solcher genealogischer Verein hineinleuchtet, nur die Wahrheit wird dabei nicht offenbar. Das Volk nennt als Hauptursache des Adelssterbens Inzucht.

Aushebung eines großen Hehlernestes.

Ein großer und dreister Einbruch wurde vor einiger Zeit in einem Pelzwarengeschäft in der Krausenstraße verübt. Den Verbrechern, die noch nicht ermittelt wurden, fielen für 20 000 Mark Waren in die Hände. Wohl aber ist es der Kriminalpolizei gelungen, einen Teil der Beute in einem angeblich herrenlosen Raum zu entdecken und zu beschlagnahmen. Die Spuren führten nach der Straßburger Straße in ein Fabrikgebäude, in dem unter anderem eine große Schneiderwerkstatt von Finkelstein betrieben wird. Die Beobachtungen ergaben, daß aus dieser Werkstatt Sachen herauskamen, bei denen gestohlene Stoffe und Seide verarbeitet worden waren. Finkelsteins Wohnung und Arbeitsräume wurden durchsucht und man entdeckte endlich einen von der Wohnung und der Werkstatt abgelegenen Raum, der verschlossen gehalten wurde und Pelze, Seide, Gabardine und andere Stoffe barg. Niemand wollte Mieter dieses Raumes sein. Finkelstein bestritt, daß er ihm gehöre. Die weiteren Ermittlungen ergaben jedoch, daß tatsächlich Finkelstein den Raum gemietet und ihn Einbrechern zur vorläufigen Unterbringung ihrer Beute zur Verfügung gestellt hatte. Ein Teil der entdeckten Sachen konnte den Eigentümern bereits zurückgegeben werden.

Der nackte Mensch im Film.

Anläßlich der abgeschlossenen Reichstagung des „Freien Körperkulturkreises" zeigte die Hamburger Lichtbildgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg geladenen Gästen den Film „Freie Menschen in Licht und Sonne". Adolf Koch, der die Gäste begrüßte, hob in einem einleitenden Vortrag hervor, daß es mit der Bewegung für freie Körperkultur im ganzen Reich vorwärts gehe. Offene, zielbewußte und praktische Arbeit ist das beste Mittel, um Verständnislosigkeit und Muckertum niederzukämpfen. Es ist darum im besonderen Erziehungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten, die die Erweckung des Bewußtseins vom Wert der sozialen Gemeinschaft in sich schließt. Die Achtung vor dem Körper muß schon in der Schule und im Elternhaus durch den Verzicht auf die Prügelstrafe ihren Ausdruck finden. Anschließend an diese Ausführungen berichtete Dr. Hans Graaz über die Ergebnisse der ärztlichen Heilbehandlung, von der alle Mitglieder des „Freien Körperkulturkreises" erfaßt werden. Gesunde Ernährung, gute Wohnungsverhältnisse und hygienische Kleidung stehen im Vordergrund der ärztlichen Sorge. Enthaltsamkeit von Nikotin und Alkohol sind weitere Bedingungen einer gründlichen Lebensreform. Neben systematischer Gymnastik darf die Pflege der Haut, als ein wichtiges Organ des Menschen, in der Heilbehandlung keine untergeordnete Rolle spielen.

Diesem Vortrag folgte die Filmvorführung. Der Film, der in Hamburg und am Ostseestrand aufgenommen ist, überzeugt, teilweise in sehr schönen Bildern, von der Reinheit und Unbefangenheit der Menschen, die Nacktkultur treiben. Aus dem Film geht auch hervor, daß die Hamburger Oberschulbehörde den Nacktkulturorganisationen für die Uebungsabende bedingungslos Turnhallen zur Verfügung stellt, während in den Schulräumen der Stadt Berlin nicht einmal Vorträge über die Nacktkultur gehalten werden dürfen! Technisch hat der Film viele Mängel, die aber mit dem Hinweis darauf, daß er ausschließlich von Laien hergestellt ist, zu entschuldigen sind.

Der französische Südamerikaflug.

Paris, 11. Oktober. (Eigenbericht.)

Aus Casablanca wird gemeldet, daß das Flugzeug der beiden französischen Ozeanflieger **Coste und Le Brix über der Stadt um 21.45 Uhr gesichtet worden ist.** Die Flieger gaben einen Funkspruch ab, demzufolge an Bord alles wohl ist.

Bahnarbeiters Tod.

Der beschleunigte Personenzug 7.55 Uhr ab Ellenburg in Richtung Falkenberg fuhr bei der Station Doberschütz in eine Rotte von Bahnarbeitern hinein, wobei zwei Arbeiter getötet und einige verletzt wurden. Der Unglücksfall ist, so wird amtlich mitgeteilt, auf den dichten Nebel, der heute morgen herrschte, zurückzuführen.

Vom Brauereiarbeiterstreik.

Heute abend neue Verhandlungen im Brauerstreik.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, hat die Parteien zu Verhandlungen geladen, die heute abend in den Räumen des Vereins Berliner Brauereien gepflogen werden. Wenn diese freien Verhandlungen zu keiner Verständigung führen, soll von einem vereinbarten freien Schiedsgericht, das aus je drei Arbeiter- und Unternehmervertretern und dem Gewerberat Körner als Vorsitzenden bestehen soll, ein Schiedsspruch gefällt werden.

Zu dem Verhandlungsergebnis oder dem eventuellen Schiedsspruch werden die Funktionäre morgen vormittag Stellung nehmen. Wenn das Verhandlungsergebnis bzw. der Schiedsspruch Zugeständnisse an die Brauereiarbeiter bringt, wird am Nachmittag unter den Streikenden eine Urabstimmung vorgenommen werden.

Die Verhandlungskommission wird mit allem Nachdruck versuchen, nicht nur Zugeständnisse in der Lohnfrage zu erreichen, sondern vor allem dahin zu wirken, daß bei der Beendigung des Streiks alle Streikenden restlos wiedereingestellt werden.

Trinkt kein Streikbrecher-Bier.

Während der anständigere Teil der Gastwirte, der mit Arbeiter und Angestellten zu rechnen hat, sich entweder von außerhalb Bier beschafft hat oder nur andere Getränke verabfolgt, suchen die „tüchtigen" Geschäftsleute aller Art aus dem Streik der Brauereiarbeiter ein Extrageschäft zu machen. Insbesondere sind es Besitzer irgendeines Fahrzeuges, die sich gegen gute Bezahlung zum Biertransport hergeben. In dem einen Falle ist es ein Gemüsewagen z. B. mit dem Schild „Fernow, Schönhauser Allee 134, Obst- und Südfrüchte", der zum Biertransport für eine Großdestillation in der Pappelallee, Ecke Raumerstraße benutzt wurde, in einem anderen Falle das Geschäftsauto der Fabrik für Wurstwaren des Herrn Karl Wilferth, Schöneberg, Akazienstr. 11, mit dem Bier von der Schloßbrauerei abgeholt und sorgfältig verdeckt wird, in anderen Fällen sind es Droschken oder Autos, die als Bierwagen dienen, kurzum in unzähligen Fällen wird versucht, trotz des Brauerstreiks Streikbrecherbier herbeizuschaffen.

Doch all die guten Leute, die es sich allerlei kosten lassen und sich manchen Unannehmlichkeiten dabei aussetzen, würden sehr bald aller Mühen enthoben sein, wenn die Berliner Arbeiterschaft darauf verzichtet, Berliner Bier zu trinken. Darauf kommt es an!

Für den „Bahnschutz" ist Geld da.

Für Lohnerhöhung reicht es nicht.

Im Eisenbahnausbesserungswerk Grunewald werden nach wie vor Panzerwagen gebaut. Im April d. J. war ein Zug, bestehend aus zwei verdeckten Wiederherstellungswagen, zwei P.-G.-J. und zwei Rungenwagen fahr- und kampfbereit. Ausgestattet sind diese Wagen neben den elektrischen Lampen mit Notlampen (Petroleumlampen), Telegraphie, Fernsprecheinrichtungen, Sonderanlagen, Schlaf- und Aufenthaltsräumen, je sechs Krankenbetten, einschließlich eines Operationsraumes. Die bisher für diesen Panzerzug verausgabte Summe soll 650 000 M. übersteigen.

Wir fragen die Reichsbahnverwaltung: Mit welchem Recht wirft sie diese ungeheure Summe aus, die sie aus den Knochen der Eisenbahner herausgeschunden hat? Warum kommt sie den Forderungen der Tarifgewerkschaften nicht nach und zahlt ihren Arbeitern Löhne, mit denen sie auskommen können? Oder will sie die Eisenbahner zur Verzweiflung treiben, um den Nachweis erbringen zu können, daß das Geld für den „Bahnschutz" — wozu 10 000 Mann ausgebildet sind — nicht umsonst ausgegeben ist?

Die Gewerkschaftsbewegung Südafrikas.

Vortrag vor den Berliner Gewerkschaften.

Gestern abend hielt Genosse Kadalie, Leiter der südafrikanischen Gewerkschaften, in der vom Ortsausschuß Berlin des ADGB. veranstalteten Funktionärversammlung in den Festsälen „Alt-Berlin" einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung der farbigen Arbeiter Südafrikas. Der in englischer Sprache gehaltene Vortrag Kadalies wurde vom Genossen Wendel sofort ins Deutsche übertragen.

Der Redner gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm noch einmal vergönnt sei, vor Berliner Arbeitern zu sprechen, bevor er die Heimreise antrete. Ueberall in Europa nehme man jetzt ein reges Interesse an den Verhältnissen in Südafrika.

Kadalie schilderte ausführlich die Entwicklung des südafrikanischen Staates, von dem alle europäischen Nationen Teile für sich in Besitz genommen hatten. Heute sind die vier Staaten Südafrikas zu einer Republik, der Union der südafrikanischen Staaten, vereinigt. Besonders traurig ist das Los der farbigen Arbeiter. Sie haben zwar ein Wahlrecht, dürfen jedoch keine Leute ihrer Rasse in das sogenannte „Parlament" wählen. Den farbigen Arbeitern werden viel niedrigere Löhne gezahlt als den weißen. Die Unternehmer suchen dadurch eine Rasse gegen die andere auszuspielen. Farbige Arbeiter gelten in Südafrika nicht viel mehr als Esel oder Hunde.

Da die Gewerkschaften der weißen Arbeiter Südafrikas Farbige grundsätzlich nicht aufnehmen, veranlaßte der Selbsterhaltungstrieb die farbigen Arbeiter, im Jahre 1919 eine eigene Gewerkschaft zu gründen. Trotz brutaler Unterdrückung durch die Behörden hat diese Gewerkschaftsbewegung große Fortschritte gemacht; sie zählt schon jetzt etwa 100 000 Mitglieder. Wie eine Bombe hat es in Südafrika eingeschlagen, als sich die farbigen Gewerkschaften dem IGB. anschlossen.

Kadalie wünschte, daß die Einstellung der Weißen gegenüber den Farbigen in Zukunft eine bessere werden möge. Anzeichen dafür seien vorhanden. Notwendig sei eine Internationale ohne Unterschied der Religion und der Rasse.

Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Vertreter der Berliner Arbeiterschaft sind mit größtem Interesse dem Vortrage des Genossen Kadalie gefolgt. Sie mißbilligen die Einstellung seiner einheimischen weißen Arbeitsbrüder und solidarisieren sich mit den Zielen der farbigen Arbeiter Südafrikas. Die Versammelten bringen ihnen ihre Sympathie entgegen, senden ihnen brüderliche Grüße und wünschen ihren Bestrebungen den besten Erfolg."

Die Seminare der Berliner Gewerkschaftsschule.

Es ist längst bekannt, daß die Berliner Gewerkschaftsschule sich nicht damit begnügt, eine bestimmte Menge wirtschaftlicher und rechtlicher Fachkenntnisse für den Gewerkschaftsfunktionär zu vermitteln. Sie ist im Gegenteil eine Bildungseinrichtung, die der Berliner Arbeiterschaft die Möglichkeit gibt, durch eine längere Reihe von Jahren hindurch sich völlig systematisch in eines ihrer Lehrgebiete hineinzuarbeiten. Der Aufbau der Schule vollzieht sich in drei Stufen. Die Unterstufe umschließt allgemeine soziologische Einführungskurse über das wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Leben der Gesellschaft und die Beziehungen des Einzelmenschen, besonders des klassenbewußten Arbeiters zu seiner sozialen Umwelt. Die Mittelstufe besteht aus einer Reihe von zweijährigen Lehrgängen für jedes der nachfolgenden Lehrgebiete: Volkswirtschaft, Betriebswirtschaftslehre, Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen, Sozialpolitik, Kulturpolitik. Die geeigneten Schüler dieser Kurse können nach Abschluß derselben in die Oberstufe übergehen, die von

Seminaren der Berliner Gewerkschaftsschule

gebildet wird. Zurzeit laufen folgende Seminare:

Arbeitsrechtliches Seminar. Lehrer: Dr. Fritz Schönbeck. Beginn: Dienstag, den 18. Oktober, 17½ Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße 16/17. Wichtige gegenwärtige Probleme des Arbeitsrechts und der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Nationalökonomisches Seminar. Lehrer i. V.: Max Pottlitzer. Beginn: Freitag, den 21. Oktober, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1 Tr. rechts.

Kulturpolitisches Seminar. Lehrer: Dr. Max Hodann. Beginn: Dienstag, den 18. Oktober, 19 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße 16/17. Kulturpolitik, ihre Grundlagen und Strömungen in außereuropäischen Ländern.

Sozialpolitisches Seminar. Lehrer: Dr. Norbert Marx. Beginn: Donnerstag, den 20. Oktober, 19½ Uhr, im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstraße 28.

Außer diesen Seminaren gehören zurzeit zur Oberstufe folgende Lehrgänge:

Betriebswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene. Lehrer: Fritz Fricke. Beginn: Dienstag, den 18. Oktober, 19 Uhr, im Unterrichtsraum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1 Treppe rechts.

Arbeitsrechtliche Gruppe für Fortgeschrittene. Lehrer: Oberregierungsrat Dr. Joachim. Beginn: Freitag, den 21. Oktober, 19 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz.

Auf diese beiden letzten Kurse seien besonders diejenigen Betriebsräte hingewiesen, die in Großbetrieben tätig sind und die mit den in diesen beiden Kursen behandelten Problemen am stärksten in Berührung kommen. Unterrichtsverzeichnisse sind in allen Ortsverwaltungen und im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der Wahlkampf um die Vertrauensmänner in der Angestelltenversicherung hat begonnen. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber: der sogenannte Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Angestellten, dem hauptsächlich der DHV., VwA. und der GdA. angehören, und der AfA-Bund, umfassend in erster Linie den Butab, den DWB. und den ZdA. Grundsätzliche Unterschiede bestehen zwischen ihnen in der Auffassung über den Aufbau und die Leistungen der Angestelltenversicherung. Der Hauptausschuß verteidigt die Haltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, während der AfA-Bund tatkräftig sich gegen den Luxus einer Vergeudung von Geldern der Angestellten und der Wirtschaft wendet. Denn eine Vergeudung von Teilen der Angestelltengehälter bedeutet die Finanzpolitik der RfA.

Eine soziale Versicherung muß von sozialen Gesichtspunkten aus handeln, und sie darf nie und nimmer wie ein privatkapitalistischer Betrieb geleitet werden. Der soziale Sinn der Angestelltenversicherung muß Leitgedanke bei allen Leistungen und Kapitalanlagen bleiben. Es geht nicht an, daß die RfA. ein Kapital von über eine halbe Milliarde anhäuft, sich aber weigert, für eine Verbesserung der Gegenleistungen, also der Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten, einzutreten und eine sozialere Auffassung in der Genehmigung und Durchführung der Heilverfahrensanträge einzuführen. Sind doch im Jahre 1926 allein 20 191 Anträge = 38,2 Proz. abgelehnt worden. Die Durchführung des Heilverfahrens entspricht in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Versicherten. Die Durchschnittsrente für die arbeitsunfähigen Angestellten beträgt 54 Mark.

Was der AfA-Bund erreichen will, ergibt sich aus seinem Wahlprogramm, aus dem wir das Wesentliche hier anführen:

1. Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe.
2. Erhöhung der Renten ohne Beitragserhöhung.
3. Herabsetzung der Wartezeit für den Rentenbezug von 10 auf 5 Jahre.
4. Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr.
5. Volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit.
6. Verhinderung willkürlicher Ablehnung von Heilverfahren durch gesetzlich gesicherten Rechtsanspruch.
7. Schutz der Versicherten gegen unsoziale Anlage ihrer Beitragsgelder.
8. Billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau.
9. Schaffung eines ehrenamtlichen Vorstandes, zwei Drittel Versicherte, ein Drittel Arbeitgeber.
10. Reform des Vertrauensmännersystems, keine Arbeitgeber als Vertrauensmänner.
11. Abschaffung des indirekten Wahlsystems, Einführung von Urwahlen durch die Versicherten.

Die Angestellten werden bei den Wahlen der Vertrauensmänner im November zu entscheiden haben, ob sie in den Selbstverwaltungskörpern der RfA. Vertreter gewählt wissen wollen, die für eine Besserung der Angestelltenversicherung eintreten, wie sie sich aus dem klaren Programm des AfA-Bundes ergibt, oder ob sie damit einverstanden sind, daß die RfA. eine unwirtschaftliche und sozialwidrige Einrichtung bleibt.

Schiedsspruch im niederschlesischen Bergbau.

Bochum, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Die am Tarifvertrag für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau beteiligten freigewerkschaftlichen Organisationen haben den Lohnschiedsspruch angenommen, durch den die bisherigen Tarifschichtlöhne und diejenigen Gedingelöhne, die sich als reine Akkordlöhne darstellen, ab 1. Oktober um 6 Proz. erhöht werden.

Der Japanische Gewerkschaftsbund zählte Ende 1926 284 739 Mitglieder, wovon 107 877 auf den Transportarbeiterverband einschließlich Eisenbahner entfielen. Die Metallarbeiter zählen 97 000, der Verband der Gas- und Elektrizitätsarbeiter 18 400 Mitglieder. Die Organisation der Textilarbeiter mit 11 700 Mitgliedern von 750 000 Textilarbeitern ist jedoch noch sehr schwach. Außerdem besteht noch eine mehr links stehende Gewerkschaftszentrale.

Aus der Partei.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat beschlossen, dem Parteivorstand einen Antrag einzureichen, der nicht nur jegliches Zusammengehen der Partei mit der Kommunistischen Partei ausschließt, sondern auch die Organisationen, die Presse und die Nationalratsfraktion der SPD. verpflichtet, jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu unterlassen.

Sport.

Huhtanen wirft Sztekker.

Abschluß der Ringkampf-Konkurrenz.

Der internationale Ringerwettstreit im Sportpalast ging gestern nach über vierwöchiger Dauer zu Ende. Der letzte Kampfabend war reich an Sensationen und brachte dank der guten Paarungen den erwartet großen Besuch. Der sportliche Wert dieser Konkurrenz ist unantastbar; das Bestreben, dem schönen Ringsport neues Leben zu geben, kann als gelungen bezeichnet werden. Groß ist die Schar der gewonnenen Anhänger.

Nachdem der Vorabend bereits den Polen Sztekker als Sieger gesehen hatte, rangen nur noch Kawan und Leskinowicz um den zweiten und dritten Platz. Diese beiden ebenbürtigen Gegner lieferten ein äußerst hartes Treffen. Schließlich gelang es der Routine des Wieners, einen Angriff des Letten abzufangen und diesen nach einer Zeit von 1 Stunde 7 Minuten auf die Schultern zu drücken. Damit hat sich Kawan den zweiten Platz vor Leskinowicz gesichert. — Den Abschluß des Wettstreits bildete der seit langer Zeit erwartete Herausforderungskampf des Polen Sztekker gegen den Finnen Huhtanen. Der Pole, der ebenso wie sein Gegner über ein hochentwickeltes technisches Können verfügt, hat noch eine außergewöhnliche Schnelligkeit für sich. Dieser stellt der Finne seine fast abnorme Gelenkigkeit entgegen, die ihm das Entwinden aus noch so gefährlichen Situationen möglich macht. Nach einem fast zweistündigen Kampf sollte eine schnelle und unerwartete Entscheidung fallen. Bei einem Angriff auf den Finnen entwand sich dieser derart schnell, daß der Gegner über ihn hinweg in eine Ecke des Ringes schoß. Der Kampf mußte für einige Zeit unterbrochen werden. Dann aber zog der Finne den Polen mit schnellem Hüftschwung unter sich. Während Huhtanen mit starkem Beifall bedacht wurde, zog sich Sztekker mißmutig in seine Ecke zurück. Die Niederlage war völlig einwandfrei.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eplora; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales: und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

KINO-TAFEL
Programm für die Zeit vom 11. bis 13 Oktober

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48 — Reinhold Schünzel in Ueb' immer Treu u. Redlichkeit — Ferner: Kaufhaus Pleite. Bühnenschau

BTL. Potsdamer Str. 38 — Die selige Exellenz mit Olga Tschechowa, Willy Fritsch. Für Jugendl. freigegeb.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99 — Die heilige Lüge — Ferner: Bühnenschau — Jugendliche haben Zutritt

BTL. Turmstr. 12 — Grand Hotel ..! mit Mady Christians, W. Fütterer. Dazu: Betrogene Betrüger.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64 — Der Bettler vom Kölner Dom — außerdem: Der Mann aus dem Volke

Odeon, Potsdamer Str. 75 — Grand Hotel ..! mit Mady Christians, W. Fütterer. Dazu: Betrogene Betrüger

Film-Palast Kammersäle Teltower Str. 1–4 — Der Himmel auf Erden mit Reinhold Schünzel

BTL. Rheinstraße 14 (Friedenau) — Kleinstadtsünder mit Asta Nielsen

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52 — FEME — Ferner: Bühnenschau

BTL. Alexanderstr. 39-40 (Passage) — Das Frauenhaus von Rio nach dem Roman „Flisch auf Pilzewski"

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen! Durch Ersparnis hoher Ladenmiete Qualitätsware äußerst billig: Gardinen, Stores, Bett-, Tisch- und Divandecken. Gardinenhaus Alfred Walter, Neukölln, Selchowerst. 6, II. Etage, kein Laden! Telefon: F 2 2529, direkt Untergrundbahn Boddinstraße

Bettfedern anerkannt billig und reell. Pfd grau 60 Pf., geschl. 90 Pf., Rupf 1.75, Halbdaune 2.75, 4, weiß vollbaunige 5, Daune 4, 7, weiß 9–10, Schleißdaune 3.50–5, Oberbett la dichtes Inlett 8 Pfd schw. 12, 18, Kissen 3 Pfd. 3.50, 5.50 usw. gegen Nachn. Muster, Preisl. frei, kein Risiko. Nichtpassend zurück. Böhm. Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin C 12, Landsberger Str. 43. Hygienische Dampfreinigung gratis

Der gute Kapitän-Kautabak ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich. C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

KÜCHEN roh emailliert. Küche Lottchen ... 42 M. 80 M. Küche Christine m. Anr. 75 M. 125 M. RIESENAUSWAHL roher, lackierter, lasiert. Küchen, einz. Kleider- u. Küchenschränke in ca. 135 Mustern. HIMMEL. Hauptgeschäft: Lothringer Str. 22, Schönhaus. Tor. Filiale: Gr. Frankfurter Str. 40 am Strausberger Pl.

Wandschmuckbilder TEILZAHLUNG ohne Anzahlung kauft man direkt ab Fabrik. Kunstbilder- u. Rahmenfabrik „Diamant", Prenzlauer Str. 27. Katalog gratis.

Nach erfolgtem Umbau
Reklamelage mit so niedrigen Preisen, die an Gewaltigkeit alles bisher Dagewesene in Schatten stellen!
Wir bitten, wegen des zu erwartenden Andranges die Vormittagsstunden zu benutzen.
Ottomane-Mäntel die Sensation der Mode, mit Pelzbesatz 29.-
Velour-Mäntel mit u. mit. Pelzbesatz, die neue Wickelform 19[75]
Sealplüsch-Mäntel mit Schalkragen 69.-
Größte Weiten am Lager — seit 1896 — Große Auswahl in Kinder-Mänteln und -Kleidern
OSKAR WOLLBURG BERLIN.N. BRUNNENSTR. 56

Marken-Zigaretten. Große Auswahl, billige Preise. Juno reichlich am Lager. Sommer Markgrafenstr. 23 und Neue Schönhauserstr. 4/5

Eisu-Metall-Betten, Kinderbetten, Stahlmatr., günst. an Priv. Kat. 204 fr. Eisenmöbelfab. Suhl (Thür.)

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem billig!